

Der Staatsminister in der

Der UEL-Vorsitzende über visionäre Gespräche, schmerzhaft

VON JOELLE MERGES

Luxemburg kann gestärkt aus der Krise hervorgehen, wenn es denn die Chancen nutzt, die sich dem Standort bieten, sagt der Vorsitzende der „Union des entreprises luxembourgeoises“ (UEL), Michel Wurth, im LW-Gespräch. An die Politik geht die Aufforderung, den Sozialpartnern eine Reformagenda vorzulegen.

■ Herr Wurth, vor einigen Tagen hat die Ratingagentur Standard & Poor's die AAA-Bonität Luxemburgs bestätigt, mit einem stabilen Ausblick für die Zukunft. Demnach müsste doch alles in bester Ordnung sein.

Es ist immer zu begrüßen, wenn eine internationale Agentur die Situation günstig einschätzt; in der Tat scheint der Euroraum nicht mehr in akuter Gefahr zu schweben, die Aussichten scheinen stabil zu sein; mit der Schaffung einer Bankenaufsicht scheint die EU das systemische Risiko der Finanzkrise eingedämmt zu haben. Das bedeutet aber beileibe nicht, dass die Probleme in Europa oder in Luxemburg gelöst wären, nehmen Sie nur die Arbeitslosigkeit, von der 50 Prozent der jungen Leute in Spanien betroffen sind. Oder die öffentlichen Finanzen: Zwar können Spanien und Italien ihren Finanzierungsbedarf an den Märkten abdecken; ihr Defizit haben sie aber längst nicht im Griff. Was für manche Euroländer gilt, trifft auch auf Luxemburg zu, ich verweise auf die schwierige Lage am Arbeitsmarkt, auf die Altersvorsorge, die trotz Rentenreform nicht finanziell abgesichert ist, und auf die Staatsfinanzen, die ab 2015 durch den Wegfall der Mehrwertsteuereinnahmen aus dem elektronischen Handel zusätzlich belastet werden. Das alles beunruhigt uns ungemein, zumal wir uns auf europäischer Ebene in einer Rezession bewegen.

■ Im Jahr sechs der Krise sieht es demnach für den Standort nicht rosig aus?

Das hängt davon ab, wie wir unseren Handlungsspielraum nutzen. Wenn wir die Sache offensiv angehen, haben wir sicherlich eine Chance. Es gibt Wachstumspotenzial, ich nenne nur die Fonds-Branche, für die Finanzminister Luc Frieden vergangene Woche in China geworben hat, die Biotechnologie oder die Logistik, wo sich Akteure aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Branchen zu einem Cluster verbinden. Unsere gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Forschung sind gut; das Land könnte ein attraktiver Standort für Unternehmensgründer sein. Darüberhinaus müssen wir aber auch traditionelle Branchen wie die Industrie und die Banken stärken, die an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben und Stellen abbauen mussten.

■ Das wird aber alles nicht ausreichen, um der steigenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Was daran liegt, dass die Rahmenbedingungen in Luxemburg einfach nicht mehr stimmen. Dabei spielen natürlich die Lohnkosten eine Rolle. Wenn der soziale Mindestlohn hier zu Lande höher ist als das mittlere Einkommen in Frankreich, dann kann das auf Dauer nicht gut gehen. Darüber hinaus machen uns die vielen Normen zu schaffen, die hohe Kosten verursachen; die Energiepreise sind ein weiteres Thema, über das man reden sollte. All das führt dazu, dass wir an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, während wir in vielen Bereichen über die Stränge schlagen, ich nenne nur die Altersbezüge oder auch die Gehälter der öffentlichen Hand, die, mit Verlaub, im Vergleich zum benachbarten Ausland doch sehr hoch sind.

■ Sie haben die Mindestlöhne bereits angesprochen, ein weiterer Dauerbrenner ist aus Sicht des Patronats der Index. Die leidige Debatte ist demnach noch nicht ausgedungen?

Wahrscheinlich nicht, wir müssen die Gespräche aber einbetten in eine allgemeine Diskussion über die Einkommensverteilung und die Armut. Aus rein wirtschaftlicher Perspektive sind die Mindestlöhne wirklich zu hoch, aus sozialer Sicht sind sie es möglicherweise nicht. In einem Land, das sich so hohe Sozialtransfers leistet wie Luxemburg, muss es doch möglich sein, die Lohnkosten der Unternehmen losgelöst von der Einkommenslage des einzelnen Bürgers zu erörtern. Was den Index angeht, so darf man die Debatte nicht gleich wieder mit dem Argument abwürgen, dass es ohne den Inflationsausgleich eben nicht geht. Mag sein, dass der Index vor allem jene schützt, die nicht durch einen Kollektivvertrag abgesichert sind. Dennoch gibt es genügend Expertenberichte, die auf die Problematik des automatischen Inflationsausgleichs hinweisen. Man muss die Themen global betrachten, es darf nicht so plakativ dargestellt werden, als ob die Zielsetzung darin bestehen würde, die Lage der weniger Bemittelten zu verschlechtern.

■ Die Umverteilung geschieht dann über die öffentlichen Finanzen, um die es aber auch nicht zum Besten steht. Wie sollen Ihrer Meinung nach die Konsolidierungsmaßnahmen aussehen, die der Staatsminister in seiner Erklärung zur Lage der Nation ankündigen könnte?

Handlungsspielraum sehen wir unter anderem bei den Ausgaben im öffentlichen Dienst. Die staatlichen Funktionskosten sollen überprüft, und die Gehälterstruktur der Staatsbeamten so ausgestaltet werden, dass der Graben zum Privatsektor verschwindet. Zudem plädieren wir für mehr Selektivität, aber vor allem für zielgenauere soziale Transferleistungen, die jenen zugute kommen müssen, die wirklich darauf angewiesen sind. Die Investitionen müssen vor allem der einheimischen Wirtschaft förderlich sein. Auf der Einnahmenseite



Führungsrolle

Lösungen und starke Gewerkschaften

ist eine allgemeine Steuerreform für uns kein Tabu, jedoch darf man dabei Faktoren wie die Vorherrschbarkeit der Steuerlandschaft oder die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nicht aus den Augen verlieren.

■ Die Probleme, die wir jetzt angesprochen haben, sind ja nicht neu. Woran liegt es, dass sie nicht behoben werden?

Wir waren eben ein reiches Land, wir hatten Reserven, die Probleme wurden meist mit dem Scheckheft gelöst, deswegen sind die öffentlichen Ausgaben auch im Vergleich zu den Einnahmen unheimlich schnell gestiegen. In den letzten fünf Jahren wurde kein zusätzliches Reichtum mehr erschaffen, dennoch entstanden bis zu 30 000 zusätzliche Arbeitsplätze, die Hälfte davon beim Staat, den Gemeinden und den sozialen Einrichtungen. Um es salopp zu sagen: Diese Arbeitsplätze werden auf Pump finanziert, und das kann so nicht weitergehen, zumal die Finanzkrise nicht so schnell überwunden sein wird wie die Krisen, die das Land in der Vergangenheit durchlebte.

■ Die UEL hat in der Vergangenheit mehrfach für einen Zukunftstisch plädiert. Der Premierminister wollte diese Gespräche lieber im kleinen Kreis führen, während der Finanzminister informelle Unterredungen über die Lage der öffentlichen Finanzen führen wollte. Konnten Sie den Adressaten Ihre Wünsche übermitteln?

Wir haben auf informellem Weg den Kontakt zum Premier-, zum Finanz- und zum Wirtschaftsminister gesucht; die großen visionären Gespräche über die Zukunft des Landes haben leider nicht stattgefunden. Wir setzen aber weiterhin große Hoffnungen in den runden Tisch über die Beschleunigung der Verwaltungsprozesse. Die entsprechenden Vorarbeiten wurden geleistet, wir verstehen auch, dass dieses Treffen aufgrund der europäischen Verpflichtungen des Premierministers verschoben wurde. Bei der Bipartite im Dezember 2010 hatte uns die Regierung versprochen, dass binnen sechs Monaten Mittel und Wege gefunden werden könnten, um die Fristen der Verwaltungsabläufe zu halbieren. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten; umso wichtiger ist es, dass jetzt endlich gehandelt wird.

■ Dem Premierminister zufolge ist dieses Thema gar nicht so einfach, wie es aussieht; auch seien sich die Arbeitgeber selbst nicht einig.

In diesem Punkt würde ich dem Staatsminister gerne das Gegenteil beweisen. Das Patronat weiß ganz genau, was es will, und das haben wir auch in einem Schriftstück festgehalten, das wir den Mitarbeitern des Premierministers zukommen haben lassen. Darin ist zum Beispiel aufgezeichnet, was wir uns in Sachen Baugenehmigungen, bei der

„Man muss zum Geben und Nehmen bereit sein, so wie es in einer Tripartite immer der Fall ist.“

MICHEL WURTH

Commodo-Gesetzgebung oder den EU-Direktiven vorstellen.

■ Am Patronat soll es demnach nicht liegen, dass keine Lösungen gefunden werden?

Ich sage nicht, dass wir die Wahrheit gepachtet haben, wir lassen gerne mit uns reden. Wir haben einige konkrete Vorschläge ausgearbeitet, zum Beispiel wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder die Absicherung der Altersvorsorge angeht. Natürlich stimmt es, dass wir die älteren Arbeitnehmer länger im Berufsleben halten müssen, um die Ausgaben der Rentenkassen zu senken. Dass den Unternehmern aber jedesmal vorgeworfen wird, diese Mitarbeiter bloß loswerden zu wollen, ist nicht fair. Laut Arbeitsrecht ist die Vorruhestandsregelung nun einmal der einzige sozial verträgliche Weg, um die Belegschaftsgröße an die wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Man kann das Arbeitsrecht nicht völlig abschotten und den Arbeitgebern keine Alternative bieten.

■ Bei vielen Ihrer Vorschläge stehen für die Gewerkschaften die Zeichen auf Sturm. Damit wären die Gespräche, die Sie sich wünschen, schnell wieder vorbei.

Das hängt davon ab, wie man sie angeht. Bei der letzten Tripartite verliefen die Verhandlungen so, dass die Arbeitgeber und die Gewerkschaften ihre Standpunkte auf den Tisch legten. Daran mäkelte die Gegenseite dann jeweils herum, es wurden Alternativen vorgeschlagen, die dann wiederum von den Gesprächspartnern zerpfückt wurden. Auf dieser Grundlage kommen wir nicht weiter. Es ist an der Regierung, die Verhandlungen zu führen und die Tagesordnung festzulegen sowie Lösungsansätze vorzuschlagen, vielleicht in Rücksprache mit den Sozialpartnern, die dann Stellung beziehen können. Wenn die richtigen Lösungen auf dem Tisch liegen, werden wir unsere Mitglieder davon überzeugen können – selbst wenn die Vorschläge etwas schmerzhaft sind. Natürlich setzt das voraus, dass ein jeder gewillt ist, das Land aus der Krise herauszuführen und die Zukunft vorzubereiten, man muss zum Geben und Nehmen bereit sein, so wie es in einer Tripartite immer der Fall ist.

■ Sie würden sich also eine Tripartite wünschen?

Ich würde es dem Premierminister überlassen, die geeignete Methode

zu bestimmen. Nun, da er nicht mehr an der Spitze der Eurogruppe steht, müsste er auch wieder die Zeit haben, um sich den binnenwirtschaftlichen Problemen zu widmen. Natürlich muss jetzt erst einmal Licht in die innenpolitischen Affären gebracht werden, die derzeit das Tagesgeschehen bestimmen. Ich würde mir aber wünschen, dass der Staatsminister die Führungsrolle übernimmt, und dass wir die genannten Probleme schnell angehen. Zwar steht das Land nicht am Abgrund, aber je länger wir warten, desto größere Opfer müssen wir bringen.

■ Es ist gut ein Jahr her, dass die letzte Tripartite ergebnislos gescheitert ist. Wie würden Sie heute das Klima zwischen den Sozialpartnern bezeichnen?

Auch wenn der öffentliche Dialog stockt, reden Arbeitgeber und Gewerkschaften auf Betriebsebene nach wie vor auf verantwortungsvolle Art und Weise miteinander – auch wenn es manchmal laut hergeht. Darüber hinaus treffe ich mich in meiner Funktion als Unternehmensvorstand oder Vorsitzender der Handelskammer gelegentlich mit Herrn Reding oder Herrn Dury, wir tauschen uns über die Fakten aus; dass wir nicht immer die gleichen Schlussfolgerungen daraus ziehen, liegt leider in der Natur der Dinge.

■ Dass die Geschäftsführungen von Cargolux, Luxair und ArcelorMittal die Tarifverträge einseitig gekündigt haben, dürfte die Beziehungen zu den Gewerkschaften nicht gerade verbessert haben.

Man sollte die drei Unternehmen nicht über einen Kamm scheren; ich für meinen Teil kann nur für ArcelorMittal reden, und dort ist es so, dass im Konzern ab 2013 das Einheitsstatut gilt, so dass in Sachen Kollektivvertrag Handlungsbedarf bestand. Wir hatten den Gewerkschaften im Dialog eine Verhandlungsmethode vorgeschlagen, mit der Absicht, binnen einem Jahr ein neues Abkommen zu vereinbaren, das die alten Bestimmungen für die Arbeiter und die Angestellten vereinheitlichen sollte. Leider ist uns keine Einigung gelungen, zu der auch gehören sollte, dass die beiden Parteien das alte Abkommen gleichzeitig kündigen sollten. Das haben wir nun einseitig getan. Wir wollten damit Druck auf unsere Verhandlungspartner ausüben, damit wir schnell Fortschritte im Hinblick auf einen modernen Tarifvertrag erzielen, der der Zukunft der Stahlindustrie in Luxemburg Rechnung tragen soll.

■ Wenn die Gewerkschaften sich wie im Fall ArcelorMittal in die Haare fallen, müsste Sie das als Arbeitgeber doch eigentlich freuen.

Ganz und gar nicht, wir brauchen starke Gewerkschaften, die verantwortlich handeln und ihren Mitgliedern jene Entscheidungen vermitteln, die wir in der Sozialpartnerschaft aushandeln.

LEITARTIKEL

Camerons Spagat

Für David Cameron geht es um sein oder nicht sein. Angesichts der verbreiteten Europa-Skepsis im Land übt der britische Premier den Spagat. Er erhofft sich, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Er nutzt ein Referendum über einen EU-Austritt als Druckmittel, um den EU-Partnern Konzessionen abzurufen und sich somit Zeit bis zur Wiederwahl zu erkaufen.

Durchaus Recht hat Cameron mit seiner Kritik – vor den Gefahren der Eurokrise, Europas sinkender Wettbewerbsfähigkeit sowie am wachsenden Graben zwischen der EU und den Bürgern und der damit verbundenen Gefahr eines Scheiterns Europas.

Europa muss in der Tat demokratischer, subsidiärer und wettbewerbsfähiger werden. Doch der Schluss, den Cameron daraus zieht, ist falsch: „Ich will einen besseren Deal für Britanien ... nicht nur für Europa.“ Er fordert, Großbritannien soll sein Schicksal allein bestimmen können. Aber nur gemeinsam wird Europa in der Welt bestehen können. Wenn London Fehlentwicklungen in der EU sieht, soll es diese mit den Partnern statt in „splendid isolation“ korrigieren.

Des Pudels Kern liegt in Camerons Aussage: „Für uns ist die EU Mittel zum Zweck... und kein Ziel an sich.“ Diese Aussage spiegelt die pragmatische und zugleich ambivalente Grundeinstellung des Inselvolkes gegenüber Europa wider: Die Briten wollen Mitglied sein, um mitzureden, aber ohne wirklich dazu zu gehören. Camerons Europareden richtet sich daher in erster Linie an sein Volk – aber er nimmt dabei die EU als Geisel und geht damit ein hohes Risiko ein – für sein Land, aber auch für die EU als Ganzes. Doch wird Camerons Rechnung aufgehen? Nichts ist weniger sicher.

Nur wenden die Europaskeptiker in und außerhalb seiner Partei ihn künftig vor sich herreiben.



„Cameron nimmt die EU als Geisel.“

WOLF VON LEIPZIG

Wie sollen die EU-Partner reagieren? Da sich Europa anschickt, sich zu vertiefen, ist Camerons Ansinnen inakzeptabel. Schon heute hat das Königreich sich zahlreiche Ausnahmen ausbedungen – angefangen bei dem von Thatcher erkaufte „Brittenrabatt“, dem Fernbleiben von „Schengen“ und vom Euro usw. „Rosinenpicken“ hat Grenzen.

Auf eine Neuverhandlung der britischen Mitgliedschaft – nichts weniger fordert Cameron – kann sich die EU nicht einlassen. Dies würde Nachahmer auf den Plan rufen, was der Anfang vom Ende der europäischen Einigung wäre. Wohl kann die EU London nicht nötigen weiterzugehen, doch kann London genauso wenig die EU zwingen, hinter das bisher Erreichte zurückzugehen.

Das Worst-Case-Szenario wäre wohl, wenn die Briten in einem Referendum für einen EU-Austritt stimmten. Formal würde das Königreich seine uneingeschränkte Souveränität zurückgewinnen, aber um welchen Preis? Vor allem wirtschaftlich würde Großbritannien teuer dafür bezahlen. Für den Handel wäre es schlecht, für den Londoner Finanzplatz wäre es zumindest zweischneidig: er würde seine Rolle als EU-Finanzzentrum einbüßen. Und politisch wäre die Insel auf den Status einer Mittelmacht zurückgeworfen.

Umgekehrt würde die EU einen der „Großen“ und damit an politischem und wirtschaftlichem Gewicht in der Welt verlieren – doch an innerem Zusammenhalt gewinnen. Joschka Fischer hat Recht: Für die EU wäre ein britischer Abgang ein Rückschlag, für Großbritannien ein Desaster.

■ wolf.leipzig@wort.lu

DER KOMMENTAR

Die Politik der kleinen Schritte

Glaubt man der Fülle an Papieren, die der Presse auf dem 13. Gipfel der Großregion in Pont-à-Mousson großzügig ausgeteilt wurden, könnte der Eindruck einer aktiven, dynamischen Großregion entstehen. Doch bei näherer Betrachtung sind die meisten der fleißig aufgelisteten Projekte nur die Fortführung derer, die schon vor zwei Jahren in anderer Form beschrieben wurden. So kann das Resümee auf eine kurze Formel gebracht werden: nicht viel Neues am Horizont. Das war aber auch nicht anders zu erwarten! Denn geht es der EU schlecht, so leidet auch die regionale, freiwillige Kooperation darunter, spricht die Großregion. Selbst die Bemühungen des lothringischen Regionalratspräsidenten, die vergangene zwei Jahre schön zu reden, waren eher herzlos. Und trotzdem sind Fortschritte – wenn

auch kleine – in der Großregion zu verzeichnen. Es ist nämlich einfach, die schleppenden Entwicklungen in der Großregion zu kritisieren. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig Partnerschaften sind. Unter schwierigen Bedingungen gelingt es den regionalen Akteuren trotzdem, den Faden weiter zu spinnen. Die Bemühungen, konsequent die Vision einer polyzentrischen Metropolregion weiter auszubauen und sie sogar auf Infrastrukturprojekte auszuweiten, ist eine Weiterentwicklung. Die Großregion ist dabei, neue Wege aufzutun, und sie will sie gemeinsam begehen. Selbst wenn der Eindruck der Langsamkeit entsteht, so ist es doch die Politik der kleinen aber so bedeutenden Schritte, für die uns andere Grenzregionen beneiden. Es geht also vorwärts. CHRISTOPHE LANGENBRINK